



# Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Herausgegeben von der Sächsischen Staatskanzlei

Nr. 18/1997

Dresden, 31. Oktober 1997

F 12109

## Inhaltsverzeichnis

|  | Seite |
|--|-------|
| 13. 10. 1997 <b>Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Sachsen und dem Freistaat Thüringen über Zweckverbände, Zweckvereinbarungen sowie kommunale Arbeitsgemeinschaften</b>   | 550   |
| Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Sachsen und dem Freistaat Thüringen über Zweckverbände, Zweckvereinbarungen sowie kommunale Arbeitsgemeinschaften   | 550   |
| 8. 10. 1997 <b>Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über die Errichtung einer gemeinsamen Unfallkasse für den Landes- und den kommunalen Bereich</b>   | 551   |
| 3. 10. 1997 <b>Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Umsetzung der Richtlinie 89/48 EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließen, für die Laufbahnen im Freistaat Sachsen (Sächsische EU-Hochschuldiplomanerkennungsverordnung – SächsEUDiplVO)</b> | 552   |
| 10. 9. 1997 <b>Dritte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Durchführung des Sächsischen Meldegesetzes (Sächsische Meldedaten-Übermittlungsverordnung – SächsMeldDÜVO)</b>  | 557   |
| 12. 9. 1997 <b>Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über die Hauptschulabschlußprüfung für Schüler staatlich genehmigter Waldorfschulen im Freistaat Sachsen</b>   | 559   |
| 20. 9. 1997 <b>Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Änderung der Verordnung über die Abiturprüfung für Schüler staatlich genehmigter Waldorfschulen im Freistaat Sachsen</b>   | 561   |
| 7. 10. 1997 <b>Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit und Familie über die sachlichen Zuständigkeiten zum Vollzug des Medizinproduktegesetzes (Medizinproduktezuständigkeitsverordnung – MPGZuVO)</b>  | 562   |
| 12. 9. 1997 <b>Verordnung des Regierungspräsidiums Leipzig über die Festlegungen des Planungsgebietes zur Sicherung der Planung für den Bau der Bundesstraße 175, Ortsumgehung Döbeln, 1. Bauabschnitt Döbeln-Masten</b>   | 563   |
| 30. 9. 1997 <b>Verordnung des Landkreises Torgau-Oschatz zur Aufhebung des Trinkwasserschutzgebietes Belgern-Turm</b>  | 564   |
| 30. 9. 1997 <b>Verordnung des Landkreises Torgau-Oschatz zur Aufhebung des Trinkwasserschutzgebietes Belgern-Aue</b>   | 565   |
| 30. 9. 1997 <b>Verordnung des Landkreises Torgau-Oschatz zur Aufhebung des Trinkwasserschutzgebietes Wohlau</b>  | 566   |
| 30. 9. 1997 <b>Verordnung des Landkreises Torgau-Oschatz zur Aufhebung des Trinkwasserschutzgebietes Liebersee</b>   | 566   |
| 30. 9. 1997 <b>Verordnung des Landkreises Torgau-Oschatz zur Aufhebung des Trinkwasserschutzgebietes Gräfendorf</b>  | 567   |
| 30. 9. 1997 <b>Verordnung des Landkreises Torgau-Oschatz zur Aufhebung des Trinkwasserschutzgebietes Wildschütz</b>  | 567   |
| 30. 9. 1997 <b>Verordnung des Landkreises Torgau-Oschatz zur Aufhebung des Trinkwasserschutzgebietes Bundeswehr Mockrehna</b>  | 568   |
| 30. 9. 1997 <b>Verordnung des Landkreises Torgau-Oschatz zur Aufhebung des Trinkwasservorbehaltsgebietes Hof</b>   | 569   |
| 18. 9. 1997 <b>Bekanntmachung der Sächsischen Staatskanzlei über das Inkrafttreten von Staatsverträgen</b>   | 569   |

**Bezug:**

Das Sächsische Gesetz- und Verordnungsblatt wird im Auftrag des Herausgebers vom SAXONIA Verlag ausgeliefert.

Bestellungen sind generell schriftlich an den SAXONIA Verlag, Abt. Versand zu richten.

SV SAXONIA Verlag für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH

Lingnerallee 3, 01069 Dresden

Tel./FAX: (0351)4874366, E-Mail: [Verlag-Saxonia@t-online.de](mailto:Verlag-Saxonia@t-online.de)



# Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Herausgegeben von der Sächsischen Staatskanzlei

Nr. 18/1997

Dresden, 31. Oktober 1997

F 12109

## Inhaltsverzeichnis

Seite

|              |   |     |
|--------------|---|-----|
| 13. 10. 1997 | <b>Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Sachsen und dem Freistaat Thüringen über Zweckverbände, Zweckvereinbarungen sowie kommunale Arbeitsgemeinschaften</b> | 550 |
|              | Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Sachsen und dem Freistaat Thüringen über Zweckverbände, Zweckvereinbarungen sowie kommunale Arbeitsgemeinschaften                      | 550 |

### Bezug:

Das Sächsische Gesetz- und Verordnungsblatt wird im Auftrag des Herausgebers vom SAXONIA Verlag ausgeliefert.

Bestellungen sind generell schriftlich an den SAXONIA Verlag, Abt. Versand zu richten.

SV SAXONIA Verlag für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH

Lingnerallee 3, 01069 Dresden

Tel./FAX: (0351)4874366, E-Mail: Verlag-Saxonia@t-online.de

**Gesetz**  
**zu dem Staatsvertrag**  
**zwischen dem Freistaat Sachsen und dem Freistaat Thüringen**  
**über Zweckverbände, Zweckvereinbarungen**  
**sowie kommunale Arbeitsgemeinschaften**

Vom 13. Oktober 1997

Der Sächsische Landtag hat am 11. September 1997 das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1**

- (1) Dem am 30. April 1997 in Erfurt und am 15. Mai 1997 in Dresden unterzeichneten Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Sachsen und dem Freistaat Thüringen über Zweckverbände, Zweckvereinbarungen sowie kommunale Arbeitsgemeinschaften wird zugestimmt.
- (2) Der Staatsvertrag wird nachstehend veröffentlicht.

**Artikel 2**

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Staatsvertrag nach seinem Artikel 6 in Kraft tritt, ist im Sächsischen Gesetz- und Verordnungsblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

Dresden, den 13. Oktober 1997

**Der Landtagspräsident**  
**Erich Iltgen**

**Der Ministerpräsident**  
**Prof. Dr. Kurt Biedenkopf**

**Der Staatsminister des Innern**  
**Klaus Hardraht**

**Staatsvertrag**  
**zwischen dem Freistaat Sachsen und dem Freistaat Thüringen**  
**über Zweckverbände, Zweckvereinbarungen**  
**sowie kommunale Arbeitsgemeinschaften**

Der Freistaat Sachsen und der Freistaat Thüringen schließen den folgenden Staatsvertrag:

**Artikel 1**

In den vertragschließenden Ländern können zur gemeinsamen Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben über die Landesgrenze hinweg nach Maßgabe der Artikel 2 und 3 Zweckverbände gebildet, Zweckvereinbarungen abgeschlossen sowie kommunale Arbeitsgemeinschaften vereinbart oder ausgedehnt werden.

**Artikel 2**

- (1) Für Zweckverbände gilt das Recht des Landes, in dem der Zweckverband seinen Sitz hat oder erhält.
- (2) Für Zweckvereinbarungen gilt das Recht des Landes, dem die Körperschaft angehört, der durch die Vereinbarung die Erfüllung der Aufgabe übertragen worden ist oder werden soll.
- (3) Für kommunale Arbeitsgemeinschaften gilt das Recht des Freistaates Thüringen. Erläßt auch der Freistaat Sachsen Vorschriften über kommunale Arbeitsgemeinschaften, bestimmen die Beteiligten, welches Recht gilt. Kommunale Arbeitsgemeinschaften fassen keine die Beteiligten bindenden Beschlüsse.

**Artikel 3**

- (1) Die Aufsicht über den Zweckverband wird durch das Land geführt, in dem der Zweckverband seinen Sitz hat oder erhält. Vorbehaltlich abweichender landesrechtlicher Regelungen wird sie vom Innenministerium oder der von ihm bestimmten Behörde ausgeübt (Aufsichtsbehörde).

(2) Die Aufsichtsbehörde des Zweckverbandes führt das Einvernehmen mit dem Innenministerium des anderen Landes oder der von ihm bestimmten Behörde herbei, bevor sie über die Genehmigung zur Bildung oder Auflösung des Zweckverbandes sowie zur Änderung seiner Verbandsatzung entscheidet. Sie teilt dem Innenministerium des anderen Landes oder der von ihm bestimmten Behörde mit, wenn sie eine über die Ausübung des Informationsrechtes hinausgehende Aufsichtsmaßnahme gegen den Zweckverband einleitet. Änderungen der Verbandsatzung, die die Aufnahme oder das Ausscheiden von Verbandsmitgliedern zum Inhalt haben, bedürfen der Genehmigung auch dann, wenn nach dem anzuwendenden Landesrecht eine Genehmigung nicht erforderlich ist. Die Entscheidung der Aufsichtsbehörde über die Genehmigung zur Bildung eines Zweckverbandes und zum Beitritt neuer Mitglieder ergeht nach pflichtgemäßem Ermessen.

(3) Die Aufsichtsbehörde leitet einen Abdruck des Berichts über das Ergebnis der überörtlichen Prüfung des Zweckverbandes der Aufsichtsbehörde des anderen Landes zu.

(4) Bei Zweckvereinbarungen ist Aufsichtsbehörde vorbehaltlich abweichender landesrechtlicher Bestimmungen das Innenministerium des Landes, dessen Recht nach Artikel 2 Abs. 2 anzuwenden ist oder die von ihm bestimmte Behörde. Absatz 2 gilt sinngemäß für den Abschluß, die Änderung und die Aufhebung einer solchen Zweckvereinbarung.

(5) Von der Bildung, Änderung oder Aufhebung einer kommunalen Arbeitsgemeinschaft unterrichten die Beteiligten die Innenministerien der vertragschließenden Länder oder die von ihnen bestimmten Behörden vorbehaltlich abweichender landesrechtlicher Regelungen.

#### **Artikel 4**

Die vorstehenden Bestimmungen gelten auch für Zweckverbände, die vor Inkrafttreten dieses Staatsvertrages gebildet worden sind. Die Satzungen dieser Zweckverbände sind innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten des Staatsvertrages dem nach diesem Staatsvertrag anzuwendenden Landesrecht anzupassen. Entsprechendes gilt für Zweckvereinbarungen und kommunale Arbeitsgemeinschaften.

#### **Artikel 5**

Die vertragschließenden Länder können diesen Staatsvertrag mit einer Frist von einem Jahr zum Ende eines Kalenderjahres kündigen. Die Artikel 2 bis 4 gelten jedoch für die vor dem Außer-

krafttreten des Staatsvertrages rechtswirksam zustande gekommenen Zweckverbände, Zweckvereinbarungen und kommunalen Arbeitsgemeinschaften weiter.

#### **Artikel 6**

Dieser Staatsvertrag tritt an dem Tage in Kraft, der auf den Austausch der Ratifikationsurkunden folgt.

Dresden, den 15. 5. 1997

Erfurt, den 30. 4. 1997

**Für den Freistaat Sachsen**  
**Prof. Dr. Kurt Biedenkopf**  
**Ministerpräsident**

**Für den Freistaat Thüringen**  
**Dr. Bernhard Vogel**  
**Ministerpräsident**